

Wittgensteiner Zeitung

Amtlicher Anzeiger der Stadt Laasphe,
der Aemter Wittgenstein, Banse und Erndtebrück

Schriftleitung, Druck und Verlag von Ernst Schmidt in Laasphe.

Nummer 16

Laasphe, Dienstag den 7. Februar 1922

47. Jahrgang

Erscheint jeden Dienstag, Donnerstag
und Samstag und kostet vierteljährlich
in der Geschäftsstelle abgeholt Mk. 12.-
Bringerlohn monatlich 5 Pfg. Durch die
Post bezogen Mk. 12.-
— Fernsprecher Nr. 1 —

Bei Abnahme wird die einjährige
Raum mit 50 Pfg.
berechnet. Anklamelle
Wiederholungen entsprechender Rabatt.
Girokonto Kreisbank Laasphe Nr. 89
— Postfachkonto 40449 —

Schnelles Ende des Streiks?

Berlin, 3. Febr. Der Reichsminister empfing heute
nachmittag die Spitzenverbände der drei Gewerkschaftsrich-
tungen und hatte mit ihnen eine eingehende Aussprache
über die Streiklage. Auf Grund der Aussprache erließen
die Spitzenverbände einen

Aufruf zur Beendigung des Streiks.

Anschließend fand eine Besprechung mit dem Vorstand
des Allgemeinen deutschen Beamtenbundes statt. Dieser
Verband hat durch seine berufene Vertretung dem Reichs-
minister die ausdrückliche Erklärung abgegeben, daß er den
Streik ablehnt und das Vorgehen der Reichsgewerkschaften
mißbilligt.

Die Streiklage im Ruhrgebiet.

Berlin, 4. Febr. Ueber die Streiklage im Ruhrgebiet lauten
die Berichte der Blätter wenig günstig. Nach einer Blättermeldung
aus Essen ist dort noch ein Teil der Bahndienstleistungen in den Streik
getreten. Ein Kohlenverband findet nur insofern statt, als diejenigen
Industriewerke, welche über eigene Lokomotiven, Wagen und Personal
verfügen, im Einverständnis mit der Eisenbahnverwaltung selbst
Kohlen von nahegelegenen Zechen heranholen. Die Hauptbahnhöfe
Bochum, Dortmund und Gelsenkirchen sind vollkommen geschlossen.
Bochum sei sogar von jeder Milchzufuhr abgeschnitten.

Die französische Unerfättlichkeit.

Man hat in Frankreich oft behauptet, daß dieses
Land einen gerechten Anspruch auf eine Kompensation
dafür besitze, daß aus dem Plane eines französisch-
englisch-amerikanischen Bündnisses als Sicherheit gegen
einen neuen deutschen „Ueberfall“ auf die französi-
schen Grenzen nichts geworden sei. Neuerdings ist aber
aus einer Anzahl einwandfreier Stellen festgestellt wor-
den, daß das Gerücht von dem Ueberfall auf Erfind-
ung beruht. Es ist ein dankenswertes Sammelwerk
erschienen: „Der französische Nationalismus im Le-
ben der dritten Republik“. In diesem Buch wird ge-
zeigt, wie nicht nur jener Glaube an den Ueberfall
dem französischen Volke allmählich beigebracht wurde,
sondern wie auch die Friedensverhandlungen allmäh-
lich zu einem Diktatfrieden geführt haben. Die For-
derung, das ganze linke Rheinufer vom Deutschen Reich
loszureißen, ist das Hauptziel der französischen na-
tionalistischen Politik seit 1871 und ist es geblieben bis
auf den heutigen Tag. Von der ersten Pariser Kon-

ferenz, welche die Delegierten der Siegerstaaten abste-
len, bis auf heute, bis auf Poincaré, bringen die
Franzosen auf besondere Garantien für Frankreich,
in welchen die Abtrennung des linken Rheinufers eine
Hauptrolle spielt. Die von englischer und amerika-
nischer Seite dagegen geltend gemachten Einwände über
die Entwaffnung Deutschlands und über die genügenden
Sicherheiten, die Frankreich schon erhalten hat, und
noch erhalten wird, haben bis jetzt nichts geholfen,
und von Poincaré dürfte auch in Zukunft nichts Der-
artiges zu erwarten sein. Die Enthüllungen, die neuer-
dings aus den russischen Geheimarchiven über Poin-
caré, den „Vater des Krieges“, bekannt geworden sind,
haben in Frankreich bis jetzt kein Echo gefunden und
wurden totgeschwiegen. Die französische Unerfättlich-
keit hat in der Programmerkklärung Poincarés einen
klassischen Ausdruck gefunden; neue Sanktionen, neue
Steuern, neue Garantien werden verlangt, und eine
Politik der brutalen Gewalt ist angekündigt, mit dem
erhofften Ziele der Losreißung des linken Rheinufers
vom Deutschen Reich. Gegen diese Politik Poincarés
dürfte nur eine wirklich nationale Politik der deut-
schen Regierung ein Gegenmittel bieten.

Die Saarbevölkerung und der Völkerbund.

Der Völkerbund in Genf hat sich in einer seiner
letzten Sitzungen wieder einmal mit der Saarfrage be-
schäftigen müssen und hat auch die beiden Punkte er-
leuchtet, um die es sich handelte. Die deutsche Regierung
hatte gegen die Begriffsbestimmung „Saarbewohner“
protestiert in der richtigen Ansicht, daß die Bewohner
des Saargebietes vorläufig immer noch deutsche Un-
tertanen sind. Man hatte aber diesen Begriff geprägt,
damit auch zuziehende Ausländer diese „Saarbewohner-
schaft“ in kurzer Zeit erwerben könnten, um ihnen
so das Wahlrecht zu geben. Das Abstimmungsrecht
im Jahre 1935 können diese nicht erwerben, aber man
will mit diesen „Saarbewohnern“ die propagandis-
tische Unterlage schaffen, die auch in Oberschlesien ge-
gen die deutschen Interessen und gegen die deutsche
Abstimmungsmehrheit mit Erfolg in Anwendung ge-
kommen ist; man will in 15-jähriger Tätigkeit künstliche
Scheingründe gegen die zu erwartende deutsche Ab-
stimmungsmehrheit im Saargebiet aufrichten. Obwohl
nun dieser neue Begriff von sämtlichen örtlichen Ver-
tretungen im Saargebiet einstimmig abgelehnt wurde,
ist er doch von der Interalliierten Regierungskom-
mission zur Einführung gebracht worden. Die gesamte
Saarbevölkerung hat dagegen Protest beim Völkerbund
einlegen lassen; dieser Protest wurde aber vom Völ-
kerbund verworfen. Den Bericht darüber hatte,
und das ist bezeichnend für die Entscheidung dieser deut-

schen Angelegenheit, das chinesische Mitglied des Völ-
kerbundes. Dieses machte sich natürlich das Refe-
rat leicht und erklärte, daß die Bestimmungen der Re-
gierungskommission dem Völkerbund keine Veran-
lassung zum Einschreiten gäbe. Ferner sagte er, daß
die Regierungskommission auf Grund des Versailler
Vertrages gezwungen gewesen sei, den Begriff des
„Saarbewohners“ genau zu umgrenzen. — Die Mei-
nung der Saarbevölkerung ist demnach von dem
angeblich so demokratischen Völkerbund völlig unbe-
achtet gelassen worden. Man hat nicht einmal die
Vertretung der Bevölkerung bei der Besprechung die-
ser Frage angehört. Gleichzeitig beschloß der Völ-
kerbund, und zwar hinter verschlossenen Türen, daß die
bisherigen Mitglieder der Interalliierten Saarge-
regung noch ein weiteres Jahr auf ihren Posten zu ver-
bleiben hätten, obwohl die Bevölkerung in wiederhol-
ten Protesten dem Völkerbund mitgeteilt hat, daß die
Regierungskommission kein Vertrauen in der Bevölke-
rung besitzt. Man hat das alles ganz einfach ignoriert;
das Land wird weiter autokratisch, also französisch,
verwaltet.

Die letzten Reden der englischen Staatsmänner.

In der letzten Woche haben Churchill und
Lloyd George auf dem Tag der englischen Na-
tionalisten in Westminster aufsehenerregende Re-
den gehalten, von denen man wohl sagen kann,
daß sie den fundamental britischen Standpunkt klargel-
egt haben. Der Grundton dieser Reden war: Es
ist nötig, die Weltwirtschaft in Ordnung zu bringen,
es muß der Weltfrieden wieder hergestellt werden. Um
gegen Poincaré eine unerfüllbare Mehrheit zu ha-
ben, hat Lloyd George zunächst die Frage der Neu-
wahlen in England in der Schwebe gelassen. Zur ge-
gebenen Stunde aber darf man sicher sein, daß er die en-
gliche Volksmeinung der französischen gegenüberstellen
wird, um zu zeigen, daß er gegen Frankreich doch das
ganze England hinter sich hat. Die Haltung Lloyd
Georges beweist eigentlich, daß es ihm diesmal mit
der Sache des europäischen Friedens doch ernst ist. Er
hätte zunächst mit seinen beiden großen Erfolgen in
der englischen Politik, dem irischen Frieden und der
Konferenz in Washington, die beste Gelegenheit, sich
eine liberale Mehrheit im Lande durch Neuwahlen zu
verschaffen. Er will aber den Zeitpunkt der englischen
Parlamentswahlen selbst bestimmen, um auch dann eine
Majore gegen Frankreich in der Hand zu haben. Er ist
für Handelsfreiheit und Frieden in der Welt, als den
augenblicklichen Hauptforderungen, eingetreten. Nimmt
man hinzu, daß Churchill die gemeinsame Kampfform
des Bürgertums gegen die Sozialisten proklamiert hat

Napoleons Detektiv.

29] Historischer Roman von Conan Doyle.

Nachdruck verboten.

Die Kaiserin war von hoher Gestalt und vornehm
in ihrem Auftreten. Sie war in einen schwarzen
Sammetmantel mit weißen Spitzen an Hals und Ärm-
eln gekleidet und trug einen schwarzen Hut mit weißer
wallender Feder. Ihre Gesellschafterin war kleiner;
man hätte sie fast ungeschön nennen können, wenn nicht
die lebhaften dunklen Augen ihr Reiz und Charakter
verliehen hätten. Ein kleiner, schwarzer Pintfisch war
ihnen gefolgt; doch die Kaiserin bemerkte sich um und
gab die dünne Stahlfeder, an der sie ihn führte, dem
Mameluden.

„Behalten Sie Fortune lieber draußen, Monsieur“,
sagte sie mit eigentümlich lieblicher, klingender Stimme.
„Der Kaiser liebt Hunde nicht sehr, und wenn wir in
sein Quartier eindringen, so müssen wir auch seine
Reinungen berücksichtigen. Guten Abend, Monsieur
de Talleyrand! Madame de Remusat und ich haben
eine Spazierfahrt gemacht — an den Klippen entlang!
Im Vorüberkommen hab' ich hier halten lassen. Ich
wollte wissen, ob der Kaiser nach Pont de Briques
kommt. Oder ist er vielleicht schon aufgebrochen? Ich
erwartete, ihn hier zu finden.“

„Seine Kaiserliche Majestät war noch vor kurzer
Zeit hier“, sagte Talleyrand. Er verbeugte sich tief
und rief sich verlegen die Hände.

„Ich hatte heute Abend Cercle in meinem Salon
— was man eben in Pont de Briques „Salon“ nennt
— und der Kaiser hatte mir versprochen, seine Arbeit
einmal beiseite zu lassen und uns mit seiner Gegenwart
zu erfreuen. Ich wünschte, wir könnten ihn überreden,
weniger zu arbeiten, Monsieur de Talleyrand. Er hat
eine eiserne Natur, doch so kann es unmöglich fort-
gehen! Diese Nervenankfälle kommen immer häufiger.
Er besteht aber darauf, alles und alles selbst zu tun.
Das ist ja gewiß edel, aber es ist ein Martyrium. Sicher
ist er auch jetzt wieder — aber Sie haben mir noch
nicht gesagt, wo er ist, Monsieur de Talleyrand.“

„Der Kaiser wird bald erscheinen, Eure Majestät.“
„Da wollen wir uns setzen und seine Rückkehr ab-
warten. Ah, Monsieur de Meneval, wie ich Sie be-
daure, wenn ich Sie inmitten dieser Schritten sehe!
Ich war außer mir, als Monsieur de Bourienne den
Kaiser verließ, aber Sie haben mehr getan, als seinen
Platz nur ausgefüllt! Kommen Sie ans Feuer, Ma-
dame de Remusat! Doch, doch! Ich besterze darauf;
denn ich weiß, daß Sie fröhlich. Constant, legen Sie
dieses Fell der Dame unter die Füße.“

Durch solche kleine Artigkeiten und ihre große
Freundlichkeit hatte sich die Kaiserin sehr beliebt ge-
macht, so daß sie wirklich keine Feinde in Frankreich
hatte, selbst nicht unter den heftigsten Gegnern ihres
Gatten. Sei es, als Gemahlin des größten Mannes
von Europa, oder als geschiedene, einsame Frau, die
sich zu Malmesbury in London verzehrte, — immer
wurde sie geliebt und verehrt von allen, die sie kannten.
Und von allen Opfern, die der Kaiser je seiner Ehr-
sucht gebracht hatte, war die Trennung von Josephine
ihm das schwerste und schmerzlichste gewesen.

Als sie jetzt am Feuer in dem Stuhl saß, den der
Kaiser kurz vorher verlassen hatte, bot sich ihr Ge-
legenheit, diese Frau zu betrachten, deren seltsames Ge-
schick sie, die Tochter eines Artillerieleutnants, an die
Spitze der Frauen von Europa gestellt hatte. Sie war
sechs Jahre älter als Napoleon und stand jetzt in ihrem
zweihundvierzigsten Jahre; aber aus einiger Entfer-
nung und bei günstiger Beleuchtung konnte man sie für
dreißig halten. Ihre hohe Gestalt war mädchenhaft,
in ihrer geschmeidigen Schlankheit und in jeder Be-
wegung lag eine natürliche Anmut, die sie mit ihrem
tropischen, weinblauen Blut geerbt hatte.

In ihrer Jugend soll sie von wunderbarer Schön-
heit gewesen sein, und ihre Gesichtszüge waren jetzt
noch so fein und zart, daß sie noch immer als schöne
Frau galt. In der Nähe wirkte jedoch das Rot und
Weiß, dessen sie zur Dedung ihrer schalen Wangen sich
bediente, recht peinlich. Ihre eigentümliche Schönheit aber
beruhte noch in dem letzten Aufblühen — in den
großen, dunklen, fanstern Augen. Ihren kleinen lie-

benswürdigen Mund umspielte immer ein leichtes Lächeln,
das jedoch selten zu einem Lachen wurde; denn
sie hatte besondere Gründe, ihre Zähne zu verbergen.
Über ihre Haltung, ihr Gang, die Bewegung ihres
Hauptes, ihr Blick — alles hatte die glückliche Mischung
der Anmut eines Weibes und der Herablassung eines
Königins. Ich beobachtete sie mit Bewunderung, als sie
sich niederbeugte, aus dem Korbe kleine Stüde duft-
enden Alkohols herausjuckte und ins Feuer warf.

„Napoleon liebt den Geruch der brennenden
Alce“, sagte sie. „Er hat überhaupt eine wunderbare
feine Nase.“

„Der Kaiser hat eine ausgezeichnete Nase“, sagte
Talleyrand, — auch für Staatsangelegenheiten! Die
Hoflieferanten haben das zu ihrem Schaden bemerkt.“

„D, er ist entsetzlich, wenn er Rechnungen durch-
sieht — fürchterlich, Monsieur de Talleyrand! Nichts
entgeht ihm. Er nimmt keine Rücksicht. Alles muß
ganz genau stimmen! — Wer ist denn dieser junge
Herr, Monsieur de Talleyrand? Der ist mir doch noch
nicht vorgestellt, wie?“

Der Minister erklärte kurz, daß ich in des Kaisers
persönlichen Dienst aufgenommen worden sei, und Jo-
sephine gratulierte mir dazu mit der freundlichsten
Teilnahme.

„Es beruhigt mich ungemein, wenn ich ihn von
tapferen und loyalen Männern umgeben sehe. Seit der
furchtbaren Affäre mit der Höllemaschine bin ich stets
in großer Sorge um ihn. In Kriegszeiten ist er wirk-
lich am sichersten; denn dann ist er außer dem Bereich
der Mörder, die ihn hassen. Es soll eine neue Ver-
schönerung der Jakobiner entdeckt worden sein.“

Dieser Monsieur de Labal war zugegen, als der
Verschwörer dingfest gemacht wurde“, sagte Talley-
rand.

Die Kaiserin bestürmte mich so lebhaft mit Fragen,
daß ich kaum alle beantworten konnte.

„Aber dieser fürchterliche Dussack ist noch nicht
gefangen!“, rief sie. „Eine junge Dame soll ja ver-
suchen, seine Spur zu entdecken, und ihr Lohn soll die
Freigabe ihres Verlobten sein!“

70 zeigt sich das Bild der augenblicklichen Stimmung in den regierenden Kreisen Englands. Lloyd George hat aus dem jehigen Völkerverbund umgeschminkt das Zeugnis ausgestellt, daß er lange nicht genug Vertrauen in der Welt genieße, um etwas Durchgreifendes schaffen zu können. Aber Lloyd George fehlt doch schließlich der Wille in die Tiefe der wirtschaftlichen Zusammenhänge ganz offenbar. Sonst würde man nicht eine Konferenz nach der anderen berufen und inzwischen Europa verbluten lassen. Denn das tut Europa; hat es Lloyd George doch selbst in seiner großen Rede in Westminster gesagt. Er appelliert darin auch an die Vernunft und an den alten Geist der Brüderlichkeit, der der ganzen menschlichen Gesellschaft zugrunde liegt. Er ruft zu freundschaftlichem Zusammenwirken auf und erhofft von Genua eine neue Ära der wirtschaftlichen Politik in Europa. Ob sich alle diese Hoffnungen Lloyd Georges erfüllen werden, ist ja bei der bekannten Haltung Poincarés fraglich, angesichts der ja auch Amerika eine Teilnahme an der Konferenz in Genua ablehnen wird.

Hunger und Seuchen in Ostafrika.

Die Leiden der schwergeprüften Bevölkerung Ostafrikas nehmen von Tag zu Tag in erschreckendem Maße zu. Wenn vielfach in Westeuropa an dem Grade des in Ostafrika herrschenden Elends geäußert worden ist, so dürften die nunmehr bekannt gewordenen Schilderungen Ransens, sowie der Bericht der deutschen Sanitätsexpedition diese Zweifel endgültig zerstreut haben. Man darf nicht vergessen, daß bei den ungeheuren Entfernungen, mit denen in Ostafrika gerechnet werden muß, die ausländischen Hilfsorganisationen ihre Tätigkeit vorläufig nur in den zugänglicheren Gebieten an den Küsten und Eisenbahnen ausüben können. Was in den von allen Verkehrsmitteln weit abgelegenen Gebieten vorgeht, entzieht sich nicht nur der Kenntnis des Auslandes, sondern auch die Sowjetregierung hat über den wahren Grad des dort herrschenden Elends nur sehr unzureichende Nachrichten. Die Sowjetpresse, die nur zu Beginn der Hungersnot am Anfang des vorigen Jahres die hereingebrochene Katastrophe zu veranschaulichen bemüht war, später aber rückhaltlos den völligen Zusammenbruch jeder Ernährungsmöglichkeit zugeb, gibt neuerdings der Befürchtung Ausdruck, daß in diesen abgelegenen Verkehrsarmen Gebieten, bis zu denen keine Hungerhilfe durchbringen konnte, alles Leben längst erloschen ist. Von holländischer Seite wird vielfach darauf hingewiesen, daß die Bereitstellung von Saatfrucht zur Frühjahrspflanzung für viele Gebiete ganz unmöglich sein werde, da die kümmerlichen Reste der dortigen Bevölkerung hinfällig zu entrastet seien, um den Acker überhaupt noch bestellen zu können. Am furchtbarsten wird das Hungerelend durch die Tatsache charakterisiert, daß in der letzten Zeit sich die festgestellten Fälle von Kannibalisierung mehrten. Das Vorkommen der gegenseitigen Hilfe für mehrere Kreise im Gouvernement Samara ist den Berichten über Genuß von Menschenfleisch nachgegangen und hat dieselben als wahr befunden. Im Dorfe Moskwa hat eine Frau ihre eben erst verstorbene Tochter teilweise verzehrt. In einem anderen Dorfe haben drei in einer Hütte hausende Familien die Leiche eines kleinen 13-jährigen Knaben geöffnet, die Eingeweide herausgenommen und nach oberflächlicher Reinigung verzehrt. Später hat die ganze Knabenleiche zur Ernährung der Hungerigen herhalten müssen. Trotzdem eine der Frauen durch den Genuß des Menschenfleischs gestorben ist, entging ihre Leiche nicht dem gleichen Schicksal. Ein Sowjetbeamter, der kürzlich mehrere Gebiete Ostafrikas bereist hat, hat einzelne Landstriche als „Täler des Todes“ bezeichnet. Gefallene Pferde und Hundekadaveren gelten der Bevölkerung als seltene Leckerbissen. Über den Todesgeboten kreifen nur noch vereinzelt kleine Schwärme von Krähen und Dohlen, die den verzeuerten Kadavern den Hungernden entgangen sind.

Unter solchen Umständen finden natürlich alle eidentlichen Seuchen den besten Verbreitungsboden. Am

furchtbarsten mitten, gefördert durch die gegenwärtige Winterkälte, Flecktyphus und Mischflecktyphus. Der Tod des Teilnehmers der deutschen Sanitätsexpedition Dr. Gärtners, sowie eines Gliedes einer englischen Deputation, die beide am Flecktyphus verstorben sind, zeugt von der Gefährlichkeit der Epidemie. Wenn diese mit allen Desinfektionsmitteln versehenen Ausländer Opfer des Flecktyphus geworden sind, so kann man sich denken, welche furchtbare Ernte die Seuche unter den entkräfteten, jeder Hygiene entbehrenden russischen Bauern halten muß.

Das Arbeitsnachweis-Gesetz.

Das neue Arbeitsnachweis-Gesetz sieht vor, daß in der Regel im Bezirk einer jeden Verwaltungsbehörde ein Arbeitsnachweisamt errichtet wird. Aus diesem bauen sich für Länder, Provinzen oder andere größere Bezirke die Landesämter für Arbeitsvermittlung auf. Die Spitze bildet das Reichsarbeitsamt, dessen Machtbereich sich über das ganze Reich erstreckt. Die Arbeitsnachweise leitet die Arbeitsvermittlung, die Einwirkung auf alle Arbeitslosenvermittlungen hat. Die Landesämter üben die fachliche Aufsicht über die Arbeitsnachweise aus, während das Reichsarbeitsamt in den übrigen Landesbehörden die fachliche Aufsicht über die Durchführung des Nachweises hat. Ferner wird von ihm der Arbeitsmarkt ständig beobachtet und Nachfrage und Angebot zwischen den verschiedenen Arbeitsgebieten geregelt. Das neue Gesetz sieht ferner vor, daß bei dem Arbeitsamt den Landesämtern und dem Reichsamt Fachabteilungen errichtet werden, falls die Berufsvertretungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer das Bedürfnis für solche anerkennen. Vom 1. Januar 1931 ab soll die gewerbliche Stellenvermittlung überhaupt verboten sein. Der Arbeitgeber wird verpflichtet werden, die bei ihm vorhandenen offenen Arbeitsstellen innerhalb einer bestimmten Frist anzumelden. Die schon bestehenden nicht gewerblichen Arbeitsnachweise werden in die Fachabteilungen der Allgemeinen Arbeitsnachweise überführt werden. Die Kosten für die Arbeitsnachweise soll zu einem Drittel die Errichtungsgemeinde, die Landesbehörden und das Reich tragen; zu zwei Dritteln die Arbeitgeber und die Arbeitnehmer.

Man hat berechnet, daß dieses neue Gesetz ungefähr 16 000 neue Beamtenstellen im Reich schaffen wird und daß die Verwaltungskosten auf etwa dreihundert Millionen Mark pro Jahr sich belaufen werden. Es ist auch fraglich, ob die Verquickung für Kopf- und Handarbeiter gut zu heißen ist. Eine Schematisierung läßt sich hier schwer durchführen. Auch der Gedanke der Selbstverwaltung der Städte ist in dem Gesetzentwurf vorläufig noch nicht genügend berücksichtigt worden. Endlich dürfte auch die Frage der Vermittlung von Lehrstellen noch zu mancherlei Diskussionen Anlaß geben. Ueberhaupt hat das Gesetz in der vorläufig vorliegenden Form von allen Seiten sehr scharfe Kritik erfahren und es bleibt dem Reichstag überlassen, in welcher Form er es annehmen wird.

Eine Städteschneellbahn.

Im Rheinland hat man einen Plan der Vorkriegszeit wieder aufgegriffen und der Regierung zur grundsätzlichen Genehmigung unterbreitet, der auch anderwärts im Reich Interesse verdient. Es handelt sich um den Bau der Städteschneellbahn Dortmund-Köln, zu dem die preussische Regierung vor dem Kriege die Genehmigung nicht erteilen wollte, weil sie in dieser Bahn außer einer starken Beeinträchtigung auch eine Durchbrechung des Staatsmonopols des Staates auf einer bedeutsamen Linie glaubte sehen zu müssen. Wenn nun auch infolge des Marktweges und des starken Aufwärtsschnellens aller Baukosten an eine baldige Finanzgründung der genannten elektrischen Schneellbahn für Personenverkehr nicht zu denken ist, so lassen zukünftige Verkehrsmöglichkeiten es doch ratsam erscheinen, an die Vorarbeiten für diesen Bahnbau heranzulassen hat.

Josephines Augen blühten mich an und mein Herz stockte bei dem Gedanken, daß sie auch mir diese schreckliche Frage vorlegen würde. Aber ich hatte gerade noch Zeit, den heiligen Ignatius anzurufen, der immer unserer Familie gnädig war, und die Gefahr ging vorüber.

„Kommen Sie, Madame de Nemusat,“ sagte sie. „Wenn diese Herren es uns nicht sagen wollen, so werden wir es selbst ausfindig machen.“

Sie ging mit großer Würde auf die verhangene Tür zu; die erschrockene Wiene und der zögernde Schritt ihrer Hofdame zeigten mir, daß Madame de Nemusat die Situation vollkommen begriff.

In der Tat waren des Kaisers offenkundige Untreue und die Austritte, zu denen sie Veranlassung gab, so bekannt, daß wir selbst in Mithras davon gehört hatten.

In seinem Selbstvertrauen und in seiner Berachtung der Welt war es Napoleon gleichgültig, was von ihm gedacht oder gesprochen wurde, während Josephine in der Eifersucht alle Würde und Zurückhaltung verlor.

Talleyrand wendete sich um und hielt die Hand über den Mund, während Berthier fortfuhr, den Hut verzeuflert hin und her zu drehen. Nur Constant, der getreue Kammerdiener, wagte es, zwischen seiner Herrin und die verhängnisvolle Tür zu treten.

„Wenn Eure Majestät wieder Platz nehmen wollten, so will ich den Kaiser benachrichtigen, daß Sie hier sind,“ sagte er, indem er beide Hände flehend ausstreckte.

„Ach, er ist also doch da drinnen!“ rief sie während. „Ach, ich sehe alles! Ich verstehe alles! Aber ich will ihn bloßstellen — ich will ihm seine Untreue vorwerfen! Lassen Sie mich vorüber, Constant! Wie können Sie es wagen, mir den Weg zu verdecken!“

„Gestatten Eure Majestät, daß ich Sie anmelde?“

„Ich werde mich selbst anmelden!“

Mit einer schnellen Bewegung ihrer schönen Gestalt schob sie an dem Diener vorbei, teilte die Vorhänge, öffnete die Tür und verschwand im nächsten Zimmer.

(Fortsetzung folgt.)

zugehen. Das Ruhrgebiet baut sich immer mehr zu wird mehr und mehr zu einer zusammenhängenden Stadt, so daß man heute schon daran denken muß, das Gelände für die Bahn freizuhalten, was nur unter großen Schwierigkeiten möglich sein wird. Um diese Vorarbeiten zu fördern und den zukünftigen Bahnbau durch planvolle Vorarbeiten möglich zu erhalten, haben die Oberbürgermeister der in Frage kommenden großen Städte einen Ausschuss gebildet, der an die Reichsregierung herantreten ist, um die Bauerlaubnis nachzusuchen, die notwendig ist, wenn man an die schon viele Millionen erfordernden Vorarbeiten herangehen will.

Nachdem man sich in früheren Jahren viel wegen der Einienführung einer solchen Schnellbahn durch Deutschlands größten Industriebezirk herumgestritten hat, einigte man sich jetzt auf einer neuen Linie, die die Bahn von Dortmund über Bochum, Gelsenkirchen, Essen, Mülheim, Duisburg und Düsseldorf nach Köln führen soll. In das linksrheinische Kohlengebiet, das sich etwa mit dem Kreise Moers deckt, soll eine Stichbahn vorgetrieben werden, während man im Ruhrgebiet selbst noch Zubringerlinien zu bauen gedenkt, die auch das nördlicher gelegene Industriegebiet an die Hauptbahn heranbringen sollen. Die Bahn, deren Bau natürlich Milliarden kosten würde, soll ihrer ganzen Anlage nach zukünftigen Entwicklungsmöglichkeiten Rechnung tragen, weshalb es als ein erfreuliches Zeichen wiedererwachenden Selbstvertrauens angesehen werden muß, wenn man am Rhein und im Reich trotz aller Feindtäte einen solchen Bahnbau tatkräftig auf privater Grundlage zu fördern versucht.

Rhenanus.

Aus Laasphe und Umgegend.

Laasphe, 5. Febr. Die Eisenbahndirektion erläßt unterm 5. Februar folgende Bekanntmachung an die untergeordneten Dienststellen: Reichsgewerkschaft verhält in unerwarteter Weise und unter Verletzung der eigenen Satzungen mit einem Teil des Personals in den Streik zu treten. Die Volksgemeinschaft wird durch dieses Vorgehen in schwerer Weise geschädigt und das Berufsbeamtentum in Gefahr gebracht. In allerletzter Stunde erinnere ich nochmals alle Bediensteten ausdrücklich an ihre Pflichten und Beamteneid. Soweit einzelne Bedienstete dem Dienst fern geblieben sind, fordere ich sie hierdurch im eigenen Interesse und ihrer Familie auf, sofort den Dienst wieder aufzunehmen und warne vor weiterem Beharren im Streik.

Die Reichsregierung wird rücksichtslos gegen alle ihre Pflichten verletzenden Bediensteten vorgehen. Dieses Telegramm ist auf allen Dienststellen im weitesten Umfang durch Aushang bekannt zu machen und auch der Presse zu übermitteln.

Der Präsident der Direktion.

Grubetrad, 5. Febr. Der Eisenbahnerstreik besteht bei Abgang dieses Berichtes noch unverändert fort. Dagegen nimmt die Erbitterung im Volke gegen die Beamten immer mehr zu. In den Kreisen der streikenden Beamten herrscht die Ansicht vor, daß dem Publikum die Ursache des Streiks nicht bekannt sei und man würde den Streik anders beurteilen, wenn hierüber die nötige Aufklärung geschaffen würde. Diese Ansicht mag vielleicht im kleinsten Umfange zutreffen. Dies ändert aber nichts an der Tatsache, daß auch in den unaufgeklärtesten Volksteilen man einen Beamtenstreik gegen den Volksstaat ein für allemal auf das Schärfste beurteilt. Die Beamten haben dem Staate den Kreuz und verprochen, die Interessen des Staates zu wahren und zu fördern. Der Staat übernimmt dagegen die Verpflichtung nicht nur der Befolgung der Angekündigten, sondern auch deren Angehörigen auf Lebenszeit. Dieser hat man von einem Beamten die Ueberzeugung gehabt, daß er nicht nur seinen Eid, sondern auch sein Wort hält. Dem Staate sind die Wege, die er zu wandeln hat, bzw. dessen Organe, genau vorgezeichnet. Ohne Volkszustimmung darf er keine eigenmächtigen Handlungen vornehmen. Wenn einem Beamten dies oder jenes nicht zusagt, so steht es ihm frei, seinen Vertrag zu kündigen und sich eine andere Stellung zu verschaffen, wo seine Wünsche erfüllt werden. Dasselbe gilt natürlich erst recht für die Nichtangehörigen. Es ist an sich rein menschlich und selbstverständlich, daß ein Angestellter, der den Ruin seines Arbeitgebers herbeizuführen beschließt, unmöglich weiter in dessen Diensten verbleiben kann. Und der Ruin des Staatsbetriebes ist bei solcher Handlungsweise in sicherer Aussicht. Aber noch weiteres Elend ist schon im Anmarsch. Die Industrie, die auf den regelmäßigen Betrieb der Eisenbahn angewiesen ist, ist schon jetzt, also nach einigen Streiktagen gezwungen, zu erheblichen Einschränkungen zu schreiten und wird vollständig zum Erliegen kommen, wenn der Streik noch einige Tage anhält. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die dadurch brotlos werdende Arbeiterschaft die streikenden Beamten dafür verantwortlich machen wird. Weiteren Ausführungen müßten wir uns vorläufig, um des Bürgerfriedens willen, enthalten, nur unser Bedauern Ausdruck geben, daß auch pflichttreue Beamte unter dieser Handlungsweise in Zukunft zu leiden haben werden.

— Von Eisenbahnerseite erhalten wir folgende Zuschrift: „Angesichts der ungerechten Beurteilung unserer Bewegung, die von unseren Mitgliedern ohne weiteres als gewerkschaftliche Notwendigkeit angesehen wird, bitten wir Sie höflich, nachfolgende Ausführungen, die unsere Gründe in großen Umrissen klarlegen, in Ihrer Zeitung aufzunehmen:“

Der Streik der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamter und -Anwärter ist bisher in der Presse in einer Weise beurteilt worden, wofür den Mitgliedern der Reichsgewerkschaft jedes Verständnis fehlt. Es erscheint notwendig, die Öffentlichkeit von den wirklichen Beweggründen, die bisher noch nicht erwähnt worden sind, zu unterrichten.

Ueber die Unzulänglichkeit der Besoldungsverhältnisse ist ja wohl schon soviel gesagt worden, daß sich jedes Wort erübrigt. Anders verhält es sich bezüglich des wichtigsten Beweggrundes, welcher uns allein schon Veranlassung gibt, mit allen Mitteln der Verwirklichung der Gesetzesvorlage über das „Eisenbahn-Arbeitsgesetz“ entgegenzutreten. Es ist bedauerlich, daß gerade den „Arbeitnehmern“ diese Tatsache vorenthalten worden ist. Der Eisenbahndienst, der, wie bekannt, nicht in regelmäßiger Weise zu versehen ist, soll nämlich gehalten, das Gesetz über den Achtundtag zu befolgen. Die Unregelmäßigkeit des Betriebes bringt es mit sich, daß innerhalb einer „Dienstschicht“ Pausen entstehen, die ungewollt und angesichts der eigenartigen Verhältnisse entstehen. Wenn nun diese Pausen, die schon mit 15 Minuten als Ruhezeit gelten, nicht zur Arbeitszeit gerechnet werden, so spricht das Vorgehen für sich. Ferner soll bei dem Lokomotivpersonal das sogenannte „Fertigmachen“ der Maschine (Anheizen, Ölen) sowie der halbtägigen Schlußdienst nach der Fahrt nicht mehr zur Arbeitszeit gerechnet werden. Das Unverständnis an der ganzen Sache ist, daß der Minister diese Vorlage, die noch nicht Gesetz ist, in Form eines „Erlasses“ für sein Reich zur Durchführung gebracht hat und wo er noch nicht angewiesen ist,

zur Durchführung Dienstsicht bis

Laasphe, 5. Febr. Freitagabend Versammlung der nach kurzem dem sozialdemokratischen Kreise. Dieser Kommunalpolitiker bei der Vermittlung der folgenden Disposition zu kommen. Gegenwärtig ist die Sammlung im

— In der wieder einmal der Witterung, daß sie keine andere bringe und am Sagenen Neuen den ersten Vorzug dazu schon Stellen nicht noch ein aus der A. Freie Träger spielte. Die hiesigen Wirtschaftsdemokratischen tracht, als die und zudem die Magistrats von Sammlungen zu wir nie die Aus- san, wenn sie den den ersten Vorzug trumps auspielt neuen Zeitung bei dem Gedanke man bestimmt hat nur zu! Einem

Laasphe, 4. Febr. Die Gebirgs- dem Volksgewalt. Amtes durch Geleitet, und Kar- adome aus einer S. ferner, ein a- Bahn öffentlich verhält zu Gr- Firma Gebr. C- fruchtlosen Ver- Ador. S. wurde wart es zu. Fund ich schlag- skung den Di- war nur noch Aufforderung, d- Gewissheit un- nun in den Wa- Dann verließ er- Umstöße. A- des Sachverhalte- S. wegen Wibe- fängnis, wegen öffentlicher Be- 10 Tagen Gefä- fagnis zugewor- eine strafbare H- Heinrich W. w- beamten Dör- Mantel verdeck- und ein Fälsch- haben, gab es n- machen und die- an Dör ab. S- nehmung an, er- kammer in der- verdeckte habe- und habe die V- ich die Prämie- lage des Zeugen- konnte das Zeuge- zu schenken und- Gefängnis. — 500 M. Geldstr- schiedentlich Käl- ausgeübt. — beschuldigt, bei- Diskontpolizeibeam- gefallene machte- Ansehens bei de- mahler zu beruh- Das Gericht ich- Freigegeben. — Karl W. von h- arbeiter Erich i- zu 300 M. Gel- am Schächterf- in der Wirklich- schlichtlich mit- Die Mitangekl- Beweises freige- verkehrte des b- legentlich auf d- mann'schen W- seinen Freunden- ein fälschen B- Begabung der- mit dem Polze- an, daß der Pol- Auftrag zum G- des Polizeibea- trages. In der- dem Polizeibea- W. habe den An- gegen bei sei- mußte mangels- Ludwig Sch. d- Er hatte im G- der Wwe. Klotz- abgefahren und

zur Durchführung bringen will. Auf diese Weise wird die einzelne Dienstadt bis 15 Stunden und darüber hinaus ausgedehnt.

Kasspöche, 6. Jan. (Bürgerversammlung.) Die am Freitagabend von der Sozialdemokratischen Partei einberufene Versammlung war außerordentlich stark besucht. Geleitet wurde dieselbe von dem Vorsitzenden der S. D., Herrn Eberhard Kahl, der nach kurzen einleitenden Worten dem Hauptreferenten des Abends, dem sozialdemokratischen Parteisekretär Schmidt-Siegen das Wort erteilte. Dieser verbreitete sich in längeren Ausführungen über kommunalpolitische Fragen im allgemeinen und allerlei Vorlesungen bei der Verwaltung unserer Stadt im besonderen. An der darauf folgenden Diskussion beteiligten sich die Herren: Renner, Kuebig, Müller, Otto Schmid, Barth, Hent, Gebhardt, Fr. Koch, Karl Fischer und Frau Buchhaus. Es wurden eine Reihe von Anschließungen gegen unser Stadtoberhaupt erhoben, die zu entkräften wir diesem selbst überlassen müssen. — Im Interesse des Ansehens unserer Stadt muß man es lebhaft bedauern, daß es zu einer solchen Versammlung kommen konnte, und man kann nur dringend wünschen, daß alles reiflos aufgelöst werde. — Von Herrn Kahl wurde eine Resolution verlesen, in der die Versammlung gegen das Verhalten des Herrn Bürgermeisters protestiert und ihre schärfste Mißbilligung gegen dieses ausdrückt, ferner den Herrn Regierungspräsidenten ersucht, die zur Prüfung der Wirtschaftsfälle erforderlichen Maßnahmen zu treffen und den Herrn Bürgermeister bis zur Klärung der Angelegenheit zur Disposition zu stellen. Diese Resolution wurde einstimmig angenommen. Gegen halb 12 Uhr fand die recht unerquickliche Versammlung ihr Ende.

— In der Bürgerversammlung am Freitag konnte Herr Renner wieder einmal die Gelegenheit nicht unbenutzt vorübergehen lassen, der Wittenberger Zeitung einzuwirken, indem er ihr vorwarf, daß sie keine objektiven Berichte über die Stadtverordnetenversammlungen bringe und zweitens, daß sie einem ihr zugestellten Artikel aus der Hagenen Freien Presse keine Aufnahme gewährt habe. — Was den ersten Vorwurf anbelangt, so haben wir bereits vor 3 Tagen dazu schon Stellung genommen und brauchen darum dasselbe heute nicht noch einmal zu sagen. — Der uns übergebene Zeitungsartikel aus der H. Freien Presse, bei dem Herr Aug. Consten den Zwischenfall spielte, behandelte das Ergebnis der vorläufigen Prüfung der Wirtschaftsfälle. Ein Abdruck des Artikels aus dem sozialdemokratischen Parteiorgan kam für uns schon deshalb nicht in Betracht, als die darin berichteten Fragen durchaus nicht geklärt waren und zudem dieser Bericht nach dem einseitigen Urteil des Kasspöcher Magistrats von Unwahrheiten kloppte. — Originalberichte über Versammlungen u. dgl. müssen wir nun von rechts oder links kommen, werden wir nie die Aufnahme verweigern und haben dies auch noch nie getan, wenn sie sachlich abgefaßt waren und ein öffentliches Interesse beanspruchten. — Renner glaubte dann noch einen Haupttrumpf auszuspielen zu können, indem er uns mit der Gründung einer neuen Zeitung für den Kreis Wittenberg drohte. Wir können uns bei dem Gedanken daran eines Lächelns nicht erheben. — Doch wenn man bestimmt glaubt, daß dafür das nötige Interesse da ist, dann nur zu! Einen Versuch wäre die Sache immerhin zu wert.

Kasspöche, 6. Febr. (Aus dem Schöffengerichtssaal.) 1) Der Schreiber Jidor und Willi G. von hier waren beschuldigt, dem Vollziehungsbeamten Dör in der rechtmäßigen Ausübung seines Amtes durch Gewalt und Verletzung mit Gewalt Widerstand geleistet, und Kartoffeln, welche durch ihn gepfändet waren, durch Fortnahme aus einem Wagon der Verfrachtung entzogen zu haben. Jidor G. ferner, ein amtliches Siegel entfernt und den Vollziehungsbeamten Dör öffentlich beleidigt zu haben. Der Anklage liegt folgender Sachverhalt zu Grunde: Der Vollziehungsbeamte Dör hatte von der Firma Gebr. C. eine Umfassung von 6700 M. beizutreiben. Nach fruchtlosen Verhandlungen pfändete er schließlich einen Wagon Kartoffeln. Jidor G. wurde sofort erregt, riss das Siegel ab, spuckte darauf und warf es zu Boden. Dann ergoß er die Schippe und rief: „Sie Dürd, ich schlage dich zu Boden.“ Dör holte nun zu seiner Unterhose die Gelfolienbeamen Hahn herbei. Nach ihrer Rückkehr war nur noch Jidor G. und ein Gefährte im Wagon. Auf die Aufforderung, den Wagon zu verlassen, griff J. G. nach einem kleinen Gewehr und machte Miene, nach Dör zu werfen. Dieser sprang aus dem Wagon, warf den G. heraus und verließ den Wagon. Dann verließ er den Wagon. J. G. ging jetzt mit und bezog die Umfassung. Auf Grund der Beweisaufnahme, die die Richtigkeit des Sachverhalts ergab, verurteilte das Gericht den Angeklagten Jidor G. wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu 3 Monaten Gefängnis, wegen Verfrachtung von 600 M. Geldstrafe und wegen öffentlicher Beleidigung zu ebenfalls 600 M. Geldstrafe, ev. weiteren 10 Tagen Gefängnis. Dem Beleidigten wurde die Publikationsbescheinigung zugesprochen. W. G. wurde freigesprochen, da bezüglich seiner eine strafbare Handlung nicht vorlag. 2) Der Fabrikarbeiter Heinrich W. wurde im Mai v. J. gegen 1/10 Uhr von dem Polizeibeamten Dör unterhalb des Buhls angetroffen. Er trug unter dem Mantel versteckt einen Karabiner und in der Tasche 4 Militärpistolen und ein Fälschen Del. W. leugnete zuerst, eine Waffe bei sich zu haben, gab es dann aber zu und sagte zu Dör, er möge nichts daraus machen und die Waffe in die Bahn werfen. Er gab die Sachen dann an Dör ab. Später nach der Angeklagte bei seiner Vernehmung an, er habe am Morgen des Tages gesehen, wie ein Unbekannter in der Nähe des Wiesenbader Weges eine Waffe im Walde versteckt habe. Abends sei er dann mit dem August D. hingegangen und habe die Waffe geholt, um sie auf dem Rathaus abzugeben und sich die Prämie zu verdienen. Infolge der Widerprüfe in der Aussage des Zeugen D. und nach dem ganzen Verhalten des Angeklagten konnte das Gericht sich nicht entschließen, seinen Ausreden Glauben zu schenken und verurteilte ihn zu 800 M. Geldstrafe, ev. 3 Tagen Gefängnis. 3) Der Handelsmann Max P. von hier wurde zu 500 M. Geldstrafe, ev. 5 Tagen Gefängnis verurteilt. Er hatte verschiedene Räder gekauft und die vorgeschriebenen Schlußscheine nicht ausgestellt. 4) Der Gewerkschaftsführer Richard R. von hier war beschuldigt, bei einem nächtlichen Aufstand auf die Aufforderung des Hilfspolizeibeamten Feuring nicht weitergegangen zu sein. Der Angeklagte machte zu seiner Verteidigung geltend, daß er vermöge seines Ansehens bei den Beteiligten lediglich versucht habe, die erregten Gemüter zu beruhigen und die Leute zum Auseinandergehen zu bewegen. Das Gericht schenkte seinen Angaben Glauben und sprach ihn frei. Freigesprochen wurden auch die Mitangeklagten Ludwig Sch. und Karl W. von hier und zwar mangels Beweises. 5) Der Fabrikarbeiter Erich F. von hier wurde wegen einfacher Körperverletzung zu 800 M. Geldstrafe, ev. 3 Tagen Gefängnis verurteilt. Er hatte am Schützenfestmontag nach dem Schießen in angebotener Stimmung in der Wirtschaft Roth hier den Jagdausscher Donner belästigt und schließlich mit einem Bierglas und einem Wiesenbader misshandelt. Die Mitangeklagten Paul F. und Fritz P. von hier wurden mangels Beweises freigesprochen. 6) Der Holzhandler Karl V. von hier verurteilte das Gericht in der Wirtschaft Schmidt hier. Er ließ gelegentlich aufschreiben und besahelte dann wieder. Nach dem Aufschreiben wurde, durch den auch er betroffen wurde, trank er mit seinen Freunden und Bekannten angeblich im Auftrage seines Vaters ein Fäßchen Bier, das erst nach einiger Zeit bezahlt wurde. Der Bezahler der Schulden durch den Angeklagten sprach der Wort mit dem Polizeibeamten Dör wegen der Fäßchen und gab auch an, daß der Vater des V. erklärt habe, er habe seinem Sohne seinen Auftrag zum Spenden des Fäßchen Bier gegeben. Auf die Anzeige des Polizeibeamten erhob die Staatsanwaltschaft Anklage wegen Betruges. In der Hauptverhandlung widerrief der Zeuge Schmidt seine dem Polizeibeamten gemachten Angaben und erklärte, der Vater des V. habe den Auftrag beauftragt und das Fäßchen Bier bezahlt, desgleichen habe der Angeklagte selbst alles beglichen. Der Polizeibeamte blieb dagegen bei seiner Behauptung. Da sich Auslage gegen Aussage stand, mußte mangels Beweises Freisprechung erfolgen. 7) Der Arbeiter Ludwig Sch. von hier erhielt wegen Diebstahls 2 Wochen Gefängnis. Er hatte im September v. J. aus dem Hundstopp 2 Rm. Holz, das der Wwe. Roth überliefert und von dieser gezeichnet war, kurzerhand abgehoben und verkauft. 8) Der Kaufmann Christian Sch. in

Volksdorf hatte in seinem Geschäft arsenhaltiges Fliegenpapier, Original-Mutti, verkauft, ohne die hierzu erforderliche Erlaubnis zu besitzen. Die Staatsanwaltschaft hatte deshalb ein Strafverfahren gegen ihn eingeleitet. Das Schöffengericht erkannte auf Freisprechung, da der Angeklagte nach seinen glaubhaften Angaben das Erfordernis der polizeilichen Erlaubnis nicht kannte und ihm der Satz des § 59 RStG. zugestanden werden mußte.

— Die in Nummer 13 unseres Blattes gedruckte Mitteilung an unsere Berichterstatter und Mitarbeiter, die auch von einer Reihe anderer Zeitungen verbreitet worden ist, entspricht insofern nicht den Tatsachen, als schriftliche Mitteilungen, die für die Redaktionen bestimmt sind, nicht als Drucksaften verschickt werden dürfen. Zeitungsmittelungen dürfen nur als Drucksaften verschickt werden, wenn sie durch den Hellographen, Schapitographen und ähnliche Apparate vervielfältigt sind, nicht aber Manuskripte, die Schreibmaschinendrucksaften darstellen. Bemerkung wird, daß nach § 8 der Postordnung vom 22. Dez. 1921 für sich verschickte Manuskripte (Manuskripte) von Werken oder Zeitungen als „Geschäftspapiere“ gegen ermäßigte Gebühr (bis 250 Gramm schwer 2 M., über 250—500 Gr. 3 M. und über 500 Gr. bis 1 Rg. 4 M.) zugelassen werden. Schriftstücke oder Bemerkungen, die die Eigenart einer eigentlichen oder persönlichen Mitteilung haben, dürfen aber Geschäfts-papieren nicht beigelegt werden.

— **Heilbehandlung für Kriegsgeschädigte und Kriegshinterbliebene.** In letzter Zeit mehrten sich die Fälle, wo Kriegsgeschädigte und Kriegshinterbliebene dem Wohlfahrtsamt (Hilfsvereine für Kriegsgeschädigte und Kriegshinterbliebene) Rechnungen mit der Bitte um Begleichung einreichten, ohne daß das Wohlfahrtsamt sich zur Begleichung dieser Rechnungen bereit erklärt hat. Wir bemerken hierzu, daß für Kriegsgeschädigte keine Rechnungen, die aus Anlaß des Versorgungsleidens entstanden sind, übernommen werden können, weil diesen nach dem Reichs-versorgungs-gesetz vom 12. Mai 1920 (§ 4 ff.) freie ärztliche Behandlung seitens des Reiches zusteht. Jeder Kriegsgeschädigte, der versichert ist, hat sich in diesem Falle an seine Krankenkasse, und jeder nichtversicherte Kriegsgeschädigte an die allgemeine Ortskrankenkasse, unter Vorlegung des Rentenbescheides zu melden. Kriegsgeschädigte, die ihre Rentenbescheide noch nicht erhalten haben, können zum Zwecke der Heilbehandlung bei n. Versorgungsamt einen vorläufigen Ausweis beantragen. Sind Kriegshinterbliebene erkrankt und wünschen, daß ihnen die Kosten aus Mitteln des Wohlfahrtsamtes übernommen werden, so ist grundsätzlich vor der ärztlichen Behandlung ein Antrag auf Übernahme der Kosten bei den Ortsauschüssen (Bürgermeister und Ammannen) oder auch bei den Bezirksleitern und Vertrauens-männern, die diese Anträge dem Wohlfahrtsamt durch den Ortsauschuss zu geben lassen, zu stellen. In dringenden Fällen dagegen kann der Antrag auch während der Behandlung gestellt werden. Der Antrag wird von uns beschleunigt geprüft und der Witwe bzw. den sonstigen Hinterbliebenen die Bewilligung, oder eine sonstige Mitteilung zugehen. Wir bemerken aber noch, daß das Wohlfahrtsamt in der Regel nur solche Rechnungen bezahlet bzw. übernehmen wird, die die Höhe nicht übersteigen wie sie von einer Krankenkasse bezahlet werden.

— Wir erhalten folgende launige Zuschrift: „Wir haben kürzlich den Apfelweinartikel in der Wittenberger Zeitung gelesen und erfahren von besserer Seite folgendes: Einige harmlose Leser Ihrer Zeitung haben das so warm empfohlene Mittel gegen die Grippe angewandt. Die Folgen waren einfach katastrophal. Zwei der Opfer konnten mit größter Mühe der Genesung entgegengesetzt werden, während einer noch — nach seiner Meinung sterbend — zu Bett liegt. Der Apfelwein — aber rein muß er sein! — scheint für den empfohlenen Zweck nicht besonders geeignet zu sein. Ob das Klima nicht schärfere Mittel verlangt, wäre noch zu erproben. Wir möchten dem Herrn Einsender mitteilen, daß schärfere Dinge sich als besser erwiesen haben.“

— **Die Not der Zeitungen.** Das „Reipziger Tageblatt“ schreibt: „Fast jede neue Nummer des „Zeitungsvorlages“, des amtlichen Organs des Vereins deutscher Zeitungsbereiter, bringt den Gießgang irgendeiner deutschen Zeitung. Blättern mit ruhmreicher, jahrzehntelanger Vergangenheit hat namentlich der heutige Papierpreis das Todesurteil gesprochen, und ernste Anzeichen deuten darauf hin, daß über Deutschland, einst das Land des ausgebreiteten und kulturell höchsten Pressewesens, das große Zeitungsterben kommt, weil es den Verlegern nicht mehr möglich ist, ihre Betriebe bei den heutigen Papierpreisen und der Höhe aller übrigen allgemeinen Aufkosten, die mit der Herausgabe einer Zeitung verbunden sind, aufrechtzuerhalten. Allein in den letzten vierzehn Tagen wurde das Eingehen von nahezu einem Duzend deutscher Zeitungen gemeldet, darunter solcher, die wohl ein halbes Jahrhundert lang Kulturarbeit am deutschen Volk verrichtet haben. In allen Fällen haben die hohen Herstellungskosten das Eingehen der Zeitungen — es handelt sich durchweg um mittlere und kleinere Provinzialblätter — herbeigeführt.“

(.) **Daupe, 6. Febr.** Vom frühen Tode des Ertrinkens gerettet wurde gestern hier ein 12jähriges Mädchen, das auf einem schmalen Steg ausgeglitten und in die Banke gefallen war. Der Vorfall war von dem Mühlensührer Göbel bemerkt worden und so konnte das Kind, das bereits 100 Meter fortgetragen und völlig bewußtlos war, durch den Schwiegerjohn des Genannten herausgeholt werden.

Grundebruch, 6. Februar. Herr Förster Achenbach von hier hatte vor einigen Tagen wieder das Glück, ein Stild Schwarzwild und zwar einen schweren Keiler im Revier Jense zu erlegen. Weidmannsheil!

Grundebruch, 6. Februar. (Unfall.) Der Schlofferlehrling Fischer, ein Sohn des Lokomotivführers Fischer von hier stürzte vor einigen Tagen beim Schlittensfahren so unglücklich, daß er einen Beinbruch davontrug und in die Klinik zu Marburg geschafft werden mußte. Zum Glück war der Personenzugverkehr an diesem Tage noch nicht gestört.

— **Frankenberg, 4. Febr. (Schneefall Tod.)** Der 61jährige Handelsmann Steinweg aus Schwarzenau, welchen sein Schwere geftern nach hier gefahren hatte, wurde von Unwohlsein befallen und ließ sich ärztlich untersuchen. Während ihm der Arzt ein Rezept ausfertigte, erlitt der Patient einen Hirnschlag und fiel tot vom Stuhl. Die Leiche wurde von den Angehörigen in die Heimat überführt.

— **Marburg, 4. Febr.** Eine Straffache, die für alle Geschäftsleute von großer Wichtigkeit ist, wurde vor der Straf-kammer verhandelt. Bei einer Firma in Gladenbach erschien eines Tages ein Steuersekretär des Finanzamtes in Biedenkopf, um die Geschäftsbücher einzusehen. Der Geschäftsinhaber, welcher anwesend war, bat den Steuersekretär, er möge am anderen Tag wiederkommen. Der Steuersekretär lehnte dieses ab und bestand darauf, die Bücher einzusehen und betonte, daß der Inhaber nicht dabei zu sein brauche, wenn er sich von einer Reise erwidelt läßt, er könne irgend jemand beauftragen, der im Geschäftsbücher verbleibe. Der Inhaber ließ sich darauf nicht ein und der Steuersekretär verließ ohne Revision das Geschäftsbücher. Wegen diesem Vorfall erhielt der Geschäftsmann eine Strafe von 1000 M. Das Schöffengericht in Gladenbach, welches sich mit dem Vorfall bereits beschäftigt hatte, ermäßigte die Strafe auf 600 M. In der Berufungssache schloß sich das Gericht dem Schöffengericht an und belonte, daß in dem Verhalten des Geschäftsinhabers eine Weigerung, die Bücher nicht vorzulegen, zu erblicken sei und verworf die Berufung. Wichtig für jeden Geschäftsmann ist, daß er seine Bücher so in Ordnung haben muß, daß bei einer plötzlichen Revision eine Abmahnung des Steuersekretärs nicht nötig ist.

— **Frankenberg, 6. Febr.** Die erste diesjährige Schwurgerichtsperiode am Landgericht beginnt am Montag, den 6. März.

Turnen * Spiel * Sport.

Infolge Eisenbahnverkehrs und des strengen Winterwetters fielen gestern die Verbandsspiele in der Umgegend aus.

Arbeitsgemeinschaft landwirtschaftlicher Buchstellers Deutschlands.

Mit der am 11. November 1921 gegründeten Arbeitsgemeinschaft landwirtschaftlicher Buchstellers Deutschlands ist eine Vereinigung ins Leben getreten, die für die Zukunft der landwirtschaftlichen Buchführung von weitgehender Bedeutung werden kann. Die Arbeitsgemeinschaft landwirtschaftlicher Buchstellers Deutschlands bezweckt jagungsgemäß die Vereinheitlichung aller Bestrebungen, die nicht nur auf die Förderung und Umgestaltung der Buchführung auf der Landwirtschaft und auf die Sammlung und Bewertung von Buchführungsergebnissen hinzielen, sondern die vor allem auch auf die öffentlich-rechtliche Anerkennung der Buchführung in der Landwirtschaft gerichtet sind. Zur Erreichung dieses Zweckes stellt sich die Arbeitsgemeinschaft vorzugsweise zur Aufgabe:

Die Aufstellung einheitlicher Grundsätze und die Klärung der Grundbegriffe für die Buchführung in der Landwirtschaft, sowie die Beobachtung aller Bestrebungen auf diesem Gebiete, ferner die Befolgung des Gesetzesgebung und Rechtsprechung, besonders auf dem Gebiete der Steuer-gesetzgebung und die Förderung des Meinungsaustausches und Erstellung von Aus-künften an ihre Mitglieder.

Die Mitgliedschaft bei der Arbeitsgemeinschaft können erwerben: Körper- lasten des öffentlichen und privaten Rechts, sowie die Inhaber privater Buchstellers, soweit sie sich die Förderung der Bestrebungen der Arbeitsgemeinschaft besonders angelegen sein lassen. Der Arbeitsgemeinschaft sind bis jetzt eine große Anzahl von Landwirtschaftskammern, sowie die beiden größten landwirtschaftlichen Genossenschaftsverbände Deutschlands beigetreten. Ferner gehören bereits zu ihren Mitgliedern die größten privaten Buchführungs-institute in der Landwirtschaft, u. a. die Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft und die Howard-Gesellschaft; ebenso sind auch bereits einige Landwirtschaftliche Kredit-Institute beigetreten. Vor allem aber genießt die Arbeitsgemeinschaft die Unterstützung der größten freien landwirtschaftlichen Berufsorganisationen als Mitglieder, wie des Landbundes und der Bauernvereine, und zwar sowohl deren Zentralen (Reichs-Landbund und Vereinigung der deutschen Bauernvereine) als auch einer Anzahl provinzieller Landbünde und Bauernvereine.

Verschiedenes.

Photographie des Herzschlages. Seit einigen Zeit vermögen wir auch das Herz und seine Bewegungen photographisch aufzunehmen. Wahrscheinlich ein Triumph der Technik! Dabei ist das Verfahren ziemlich einfach. Der „Patient“ setzt sich auf einen Stuhl und taucht jeden Fuß und jede Hand in ein besonderes, mit Wasser gefülltes Gefäß. Dann werden die beiden Gefäße der linken Körperseite mit denen der rechten durch eine elektrische Leitung verbunden. Nun entwickelt sich bei der Arbeit des Herzens bekanntlich Elektrizität, und diese wird ihre Spannung in jenem vorbereiteten Stromkreise auszugleichen suchen. Dort hat man nun ein überaus feines Instrument eingeschaltet, das auf die geringsten Stromänderungen anspricht. Es besteht aus einem feinen Platindrath, der vor einem kräftigen Magneten schwebt. Wird ein solcher Draht von einem Strom durchflossen, so wird er nach der einen oder anderen Seite etwas abgelenkt. Diese Bewegungen nun lassen sich auch photographieren, und man kann sie dabei so vergrößern, daß sie deutlich erkennbar werden. Ein normales „Kardiogramm“ (Herzschrift) läßt sich in einzelne Perioden zerlegen, die wieder in drei Teile zerfallen. Erst deutet ein kleiner Bunde der gewonnenen Kurve auf die Zusammenziehung des „Vorhofes“ hin; dann folgt ein kräftiger Ausschlag, der die Arbeit der ganzen Herzkammer abbildet, und daran schließt sich das Zeichen der Zusammenziehung der Herzmitte. Wenn Kranke herzleitend sind, dienen solche Photogramme dazu, dem Arzt Winke für die Behandlung zu geben, weshalb es zweckmäßig sein dürfte, ein Kardiogramm aufzunehmen, bevor die eigentliche Kur beginnt.

Eine Kritik aus dem Jenseits. Soviel auch dagegen polemisiert und geistert wird, gewinnen Okkultismus und Spiritismus stetig mehr Anhänger, und selbst hervorragende Männer der Wissenschaft widmen sich eingehend der Erforschung unbekannter Natur-mächte. Auch der italienische Dichter-General Gabriel d'Annunzio hatte sich dem Spiritismus zugewandt und im Hause seines Freundes, des Marquis Origo, der eine Villa in der Nähe von Florenz besitzt, wiederholt spiritistische Sitzungen beigemohnt. Bei einer derselben hatte man sich um den Offenbarungen aus der Geisterwelt vermittelnden Tisch geschart, und der Geist, der seine Anwesenheit durch das ständige Klopfen kundgetan, sich als der einer Persönlichkeit zu erkennen gegeben, die kürzlich bei einem Automobilunfall ums Leben gekommen war. Nachdem er die Witzbegier verschiedener Anwesenden gestillt hatte, wurde ihm von jemand die Frage vorgelegt: „Wiederst du über die literarische Bedeutung der Werke d'Annunzios?“ „Alles nur Rauch“, — Rauch, der bald verweht sein wird,“ lautete die Antwort aus dem Jenseits. Dem Autor, dessen Eitelkeit und Selbstvergötterung allgemein bekannt sind, soll der Spiritismus leister wesentlich verleidet sein.

Dollarkurs am 4. 2.: 204 1/2.

Laasphe, den 6. Februar 1922.

Grundtebrück, den 4. Februar 1922.

von 8—12 Uhr vormittags.

Telephon Nr. 1 **Laasphe** Gegründet 1861

Hugo Feja, Kirchen a. d. Sieg.

Frau Ernst Weidenbach
Dillenburg. Marktstr. 15²

ESSEN, Theaterplatz 3/13.

Der Amtmann. K o e g l e r.

Königstrasse 1.

Laasphe, 6. Febr. 1922
Der Vorstand.

von 2—4¹/₂ Uhr nachm. geöffnet